

Neuanfang. Aufarbeitung. Modernisierung.

Beschluss

der Jahreshauptversammlung am 30.10.2021 in Mildstedt:

Bereits bei der vorigen Bundestagswahl 2017, bei der schon ein Tiefpunkt erreicht schien, verlor die Union über acht Prozent im Vergleich zu 2013. Nun, bei der Wahl am 26. September 2021, fuhr die Union erneut ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung mit einem neuen Verlust von knapp neun Prozentpunkten ein. Eine Vielzahl von Wahlkreisen ging verloren und die Bundestagsfraktion wurde enorm geschwächt. Das betrifft dabei insbesondere jüngere, norddeutsche und ostdeutsche Kandidaten. Ein Ergebnis, das auch der Bundestagsfraktion strukturell Probleme bereiten wird. Mit dem Wahlergebnis der Unionsparteien bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 kam eine Katastrophe mit Ansage.

Das Ergebnis muss offen und ehrlich analysiert werden und die CDU und CSU müssen die richtigen Konsequenzen ziehen.

Wahlkampf in Nordfriesland

An der schleswig-holsteinischen Westküste, insbesondere in Nordfriesland, ist die CDU noch mit „einem blauen Auge“ davongekommen. Dabei ist das Erststimmenergebnis von Astrid Damerow von knapp 45 Prozent um 15 Punkte gesunken. Damit konnte sie neben Mark Helfrich als Einzige in Schleswig-Holstein ihr Direktmandat verteidigen. Für den Wahlkampf in Nordfriesland zeigte sich damit, dass Einsatz sich gelohnt hat, indem man sich vom Bundestrend und besonders nochmals dem Landtrend absetzen und knapp gewinnen konnte. Das zeigt jedoch auch, dass Direktkandidaten mit all ihrer Stärke und ihrem Engagement sich kaum von einem „Abwahltrend“ der Bundesebene absetzen können.

Es zeigte sich im Wahlkampf allerdings auch, dass eine Mobilisierung so schwierig wie noch nie zuvor war. Vielen fehlte entweder der Optimismus oder die Abneigung gegenüber Spitzenkandidaten und Performance der Bundespartei überdeckten Motivationsmöglichkeiten. Jedoch haben auch in diesem Wahlkampf viele Mitglieder der JU, auch in Nordfriesland, alles gegeben und sind entsprechend über das Ergebnis frustriert.

Wahlkampf der Bundespartei

Der Wahlkampf der Bundespartei zeichnete sich insgesamt durch eines aus: Die Ideenlosigkeit und Konzeptlosigkeit. Das rührt zu Teilen in einer gewachsenen Überheblichkeit der verantwortlichen Strategen. Die Kommunikation des Konrad-Adenauer-Hauses (KAH) war unterirdisch. Auch innerhalb der eigenen Partei. Kurzfristigkeit, Überlastung und Un-

professionalität zeichneten die Wochen des Wahlkampfes. Außerhalb der eigenen (sehr kleinen) Blase herrschte bereits hierdurch Frustration. Die „Unterstützermails“ wirkten viel mehr wie Hohn gegenüber den Mitgliedern, die sich im Regen beschimpfen ließen und sich aufgearbeitet haben.

Auf handwerklicher Seite kommen noch zahlreiche Fehler dazu: Noch im Juli waren nicht alle Wahlkampfmittel verfügbar. Stattdessen wurden Flugblätter in siebenstelliger Höhe produziert und wegen gravierender Rechtschreibfehler wieder vernichtet. Werbemittel für Kandidaten wurden in Eigenregie schlechterdings erstellt und übersteuert angeboten, Stockfotos mit leeren und austauschbaren Sprüchen auf Plakate gedruckt.

Es fehlte ein Narrativ für die Pläne der Union für Deutschland und deren Verbindung mit dem Spitzenkandidaten. Viel mehr nahm man jedes Fettnäpfchen bis faktisch an die Urne mit.

Ein offensiver Wahlkampf der Unionsparteien hat erst wenige Tage vor der Wahl begonnen. Das zeigt nochmals besonders: Die asymmetrische Demobilisierung ist gänzlich gescheitert.

Dabei haben die Probleme bereits vor der Kandidatenaufstellung von Armin Laschet im April begonnen. Angefangen beim Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer vom Vorsitz der CDU begann eine Zeitplanung, die viele Probleme erst stark befeuerte. Trotz der akuten Pandemiesituation war bereits ein digitaler Parteitag früher in 2020 möglich. Hinzu kommen die Vorplanungen des Wahlkampfes, die nach Empfinden der Breite der Partei erst im Frühling 2021 begannen. Die Aufstellung des Kanzlerkandidaten erst weit nach dem Parteitag war ein historischer Fehler, den Armin Laschet zu verantworten hat. Dies hätte bereits kurz nach der Wahl zum Vorsitzenden erfolgen müssen.

Die Kultur des Durchstechens hat maßgeblich zur Stimmung gegen die Union beigetragen. Die CSU und besonders ihr Vorsitzender Markus Söder haben dabei durch ihre Sticheleien bis zum Wahltag (und darüber hinaus) zudem auch einen großen Anteil an der Abwahl der Union beigetragen. Immerhin hat die CSU erneut massiv auch an Erst- und Zweitstimmen verloren. Sie muss daraus entsprechende Schlüsse ziehen, wie wir es für die CDU tun. Dies zeichnet sich aber auch bereits die letzten Tage deutlich ab.

Zu viele Fehler

Neben diesen Punkten liegen aber auch weitere Gründe in die Niederlage, die teils nicht erst im April geschahen.

So hat die Maskenaffäre die Glaubwürdigkeit der Union schwer geschädigt. Auch wenn die Partei und Fraktion richtig und konsequent reagierten, haben die entsprechenden Personen sich am Land versündigt. Solche Personen haben keinen Platz in der Union.

Häufig wird von einer „inhaltlichen Entkernung“ der Unionsparteien, besonders der CDU, gesprochen. Das hört man insbesondere von eigenen Stammwählern. Auch wenn wir nicht das schlechteste Wahlprogramm der letzten 12 Jahre hatten, so ist doch klar: Es wurde wenig greifbar, konkret und emotional mit Themen gearbeitet. Die Enthaltbarkeit der CDU im Wahl-O-Maten ist dafür symptomatisch. In der Union wurden streitbare Punkte gemieden, um Angriffsfläche zu verringern. Insofern kann man von einer „glatgeschliffenen Programmatik“ sprechen. Chancen hierfür standen im Prozess zum Programm zu genüge. Stattdessen wurden allerdings unzählige Eingaben aus der Mitgliedschaft ignoriert. So allerdings verblieb der Eindruck von Mut- und Ideenlosigkeit nach 16 Jahren Kanzlerschaft.

Die damit einhergehende thematische Agenda „der Mitte“ ist trügerisch und Bestandteil der asymmetrischen Demobilisierung. Zahlreiche Parteivertreter, die damit unter einer Bundesvorsitzenden und Kanzlerin Angela Merkel persönlich erfolgreich führen, stehen damit jedoch in Mitverantwortung für schlechte Wahlergebnisse und Motivationschwund in der Breite der Mitgliedschaft.

Eine tiefergehende Analyse seitens des Bundesverbandes ist zwingend nötig.

Fehler für die Zukunft verhindern

Unionsrat

Erster großer Punkt ist, dass die Frage der Spitzenkandidatur von CDU und CSU künftig in einem festen Verfahren stattfinden muss. Daher muss ein Unionsrat eingerichtet werden, der die Verhältnisse der Mitgliederstärke entsprechend berücksichtigt. Dieser muss auch strittige Fragen der Programmatik klären. Daher muss ein solcher grundsätzlich jährlich zusammenkommen.

Programme gehören in die Breite der Partei

Das Wahlprogramm muss künftig über einen größeren Zeitraum erarbeitet und diskutiert werden. Kosmetische Talkrunden wie bisher reichen nicht aus. Vielmehr muss ein Entwurf ein halbes Jahr vor der Wahl stehen und der Partei in Breite zur Verfügung gestellt werden. Am Ende dessen muss eine gemeinsame Beratung und Beschlussfassung von CDU und CSU im Unionsrat erfolgen.

CDU neu Ausrichten – Grundsatzprogramm erneuern

Der Prozess zum Grundsatzprogramm muss erneut geöffnet werden und eine „extra Runde“ durch die Mitgliedschaft drehen. In den letzten Jahren hat das Handeln, besonders das der Regierung die CDU durch die Macht zusammengehalten. Lebhaftige Parteitage gab es programmatisch schon lange nicht mehr. Das muss sich ändern. Die Union muss für sich selbst ausdefinieren, was sie ausmacht und zusammenhält. Plakative „nach rechts“ oder

„nach links“ Debatten sind dabei der falsche Weg, viel mehr haben sie uns mit an diesen Punkt geführt. Daher muss aus den Werten und nicht dem Zeitgeist heraus Politik abgeleitet werden. Antworten auf Zukunftsfragen müssen mit eigenen Visionen beantwortet werden. Wir brauchen Zukunftsprogramme für 2045 – vom Ort bis zum Bund.

Kontroverse leben

Nur wer eine eigene Meinung hat, kann gesellschaftliche Debatten prägen. Da müssen wir wieder hin. Wir müssen den Mut haben, Themen gegen Widerstand zu platzieren. Die große Chance und Aufgabe einer Volkspartei steht darin, die breite Bevölkerung anzusprechen – egal ob jung oder alt, Mann oder Frau, Ost oder West, Stadt oder Land. Wenn die CDU das erhalten will, muss sie wieder mehr aushalten können. Die Themen liegen da und müssen beantwortet werden: Von Rente bis Klimaschutz von der Europäischen Union bis zur Landwirtschaft. Das müssen wir mit eigenen Zukunftsideen und Narrativen wieder in Gänge abbilden.

Angebote für die junge Generation

Wir dürfen nicht ignorieren, dass die Union schlechte Ergebnisse bei Erst- und Jungwählern hat. Der Narrativ, dass junge Menschen alleinig links und grün wählen, stellt sich jedoch als gänzlich falsch heraus. Gerade die sich zunehmend radikalisierte Bewegung Friday-For-Future, die für sich einen Alleinvertretungsanspruch formuliert, ist zwar sehr laut und medial stark unterstützt, jedoch keinesfalls die Mehrheit. Viel mehr zeigt auch das erfolgreiche Abschneiden der FDP, dass die junge Generation andere Schwerpunkte setzt. Das hängt dabei maßgeblich von Führungspersonal und authentischer Inhaltsvermittlung ab. Fest steht dabei auch: Es ist nicht die Schuld der Jungen Union! Wir haben uns im Wahlkampf aufgearbeitet. Wer reflexhaft die Schuld zur JU schiebt, hat bereits nach der Europawahl 2019 nicht verstanden und ist Teil des Problems. Digitale Themen hat die Union beispielsweise durch die Debatte um DSGVO und Uploadfilter der FDP überlassen.

Die Bundespartei muss sich strukturell modernisieren

Die Zeit ist reif, die 400.000 Mitglieder der Union stärker einzubeziehen und Angebote zu schaffen. Diese müssen vor allem niedrigschwelliger als bisher stattfinden. Eine neue Diskussionskultur ist das prägende Element einer modernen Volkspartei. Damit verbunden muss auch inhaltlich-projektbezogene Arbeit eine stärkere Rolle spielen.

Eine strukturelle Modernisierung der Bundespartei bedeutet auch, dass neue und junge Köpfe in Verantwortung kommen müssen. Daher muss es neue personelle Angebote für die Gremien des Bundesverbandes geben. Ein Generationswechsel endet nicht mit Parteivorsitzenden und Generalsekretär.

Für die kommenden Wochen sehen wir dabei konkrete Aufgabenfelder: Zwischen Kreisvorsitzendenkonferenz und Bundesparteitag muss eine Mitgliederbefragung über den

Bundesvorsitz stattfinden. Optimal wäre dabei eine Einigung der Kandidaten im Vorfeld; sollte dies jedoch nicht möglich sein, so müssen die in der Mitgliederbefragung unterlegenen garantieren, nicht noch auf dem Parteitag anzutreten.

Für die weiteren Strukturen besteht dabei auch Handlungsbedarf: So müssen sich Kommissionen auf Bundes- und auch Landesebene neu denken. Mehr mitgliederoffene Angebote und auch neue Formate wie Rotationsprinzip in Leitungsebene oder Verlosung bestimmter Plätze unter Basismitgliedern über Wildcards sollten berücksichtigt werden. Für Schleswig-Holstein muss vor dem Hintergrund des besonders unterdurchschnittlichen Abschneidens ein Generalsekretär geschaffen werden.

Klarer Zukunftskurs – unsere Selbstverpflichtung

Wir sind Motor und Gewissen der Union. Das macht unsere Aufgabe manches Mal herausfordernd und ungemütlich, aber trotzdem unerlässlich. Nie kam es mehr auf die Junge Union an als jetzt. In dieser historischen Lage sind wir unserer Verantwortung bewusst und wollen uns mit aller Kraft für die Modernisierung unserer Mutterpartei einsetzen. Wir gehen personell und programmatisch nach vorne.

Wir sind davon überzeugt, in dieser historischen Niederlage steckt auch eine große Chance. Denn auf all die Probleme dieser Zeit, all die Spaltung und Unsicherheit, ist das Modell Volkspartei die richtige Antwort.